

Die Nicht-Regierung

Angela Merkel bekommt ihre Kanzlerschaft nicht in den Griff. Wieder gibt es Streit, diesmal über die Steuern. Aber es fehlt auch an Handwerk, an einer seriösen Grundhaltung zur Politik, an einer konsequenten Führung und an einer gemeinsamen Idee.

Manchmal geht es lustig zu, wenn die Bundeskanzlerin mit ihren Vertrauten zusammensitzt. Es ist ein würziger Humor, der hier vorherrscht, Spott, Schadenfreude, die Pannen und Katastrophen der anderen sind ein beliebtes Thema. „Das wird ein Desaster“, sagt Angela Merkel gern, wenn sie die Projekte von Kollegen bewertet. Man lacht.

Doch einmal wollte Merkel nicht mitlachen. Da ging es um ihren Vorgänger Gerhard Schröder. Er war oft markig aufgetreten, aber dann hatte er nicht einmal eine zweite Legislaturperiode zu Ende regieren können. Das war das Thema der Runde und sorgte für große Heiterkeit.

Merkel ging dazwischen und verbat sich den Frohsinn der anderen. Ob sie nicht wüssten, was für eine große Leistung das sei, sieben Jahre in diesem Amt durchzuhalten? An jedem Tag einer Kanzlerschaft drohe das Aus, und deshalb sei jeder überstandene Tag eine Leistung.

Am Freitag vergangener Woche hatte sie 2041 Tage überstanden, und gerade im Moment dürfte ihr bewusst sein, wie prekär eine Kanzlerschaft ist. Die Opposition hofft auf Neuwahlen, falls Schwarz-Gelb keine eigene Mehrheit für das nächste Euro-Rettungspaket zustande bringt. Da sollte sie sich nicht täuschen, Merkel ist zäh. Dennoch gilt, dass diese Regierung auf keinem festen Fundament steht, jeder Tag ist ein Tag des Überlebenskampfes.

Auch das jüngste Projekt begann mit einem Fehlstart. Merkel (CDU) und ihr Vizekanzler Philipp Rösler (FDP) hatten verabredet, die Einkommensteuer zu senken. Dieser Plan, noch unausgegoren, drang nach einem Fehler von Regierungssprecher Steffen Seibert an die Öffentlichkeit. Nun singt der Chor der Empörten und Übergangenen. Die Koalition liegt im Streit, mal wieder.

Reicht es nicht langsam? Seit fast zwei Jahren regiert Schwarz-Gelb nun, von Anfang an ohne die geringste Freude aneinander und ohne eine Linie. Ausgerechnet diese bürgerliche Koalition hat bis-

lang so wüst und desorientiert regiert wie kaum ein anderes Bündnis zuvor.

Kürzlich begehrte die zutiefst bürgerliche „Welt am Sonntag“ auf und widmete der desolaten Regierung einen ausführlichen Verriss, nicht nur wegen der Inhalte, sondern auch wegen des Stils. „Scheiße“, sagte die Kanzlerin“, so war einer der empörten Texte überschrieben. Die Unterzeile: „Vertraulichkeiten brechen, Kollegen beleidigen, Untergebene demütigen – der bürgerlichen Koalition fehlen bürgerliche Umgangsformen.“

Handwerk fehlt auch, zudem eine seriöse Grundhaltung zum Regieren. Über den Zweck eines geplanten Spitzentreffens der Koalition hat Merkel laut „FAZ“ gesagt: „Wann kommt was, und wie kommt jeder dabei auf seine Kosten.“ Ein so entlarvender Satz ist lange keinem Regierenden mehr über die Lippen gekommen. Es geht dieser Koalition darum, dass die Parteien CDU, CSU und FDP auf ihre Kosten kommen.

Deshalb soll es auch eine Steuersenkung im Jahr 2013 geben, wenn Wahlen sind. Das hilft niemandem mehr als der Steuersenkungspartei FDP, die um ihren Wiedereinzug in den Bundestag bangen muss. Als Gegenleistung erwartet sich die Union ein Entgegenkommen im Bereich der inneren Sicherheit (siehe Seite 34). Es wird nicht regiert, sondern gedealt. Weder Merkel noch Rösler schert es, dass Europa derzeit eine bedrohliche Schuldenkrise

erlebt. Statt des Steuergeschenks könnte die Regierung auch tilgen, aber das bringt keine Wählerstimmen.

Dies fügt sich in die Reihe der großen Fehlentscheidungen dieser Regierung: ein ermäßigter Steuersatz für Hotels, der als Symbol für Klientelpolitik eine verheerende Wirkung hatte, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, eine Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat zum Thema Libyen. Dazu kommen eine zeitweise orientierungslose Euro-Politik, eine unausgegorene Bundeswehrreform und eine überstürzte Energiewende, bei der nicht eben wahrscheinlich ist, dass die Ziele erreicht

Die bürgerliche Koalition hat so wüst und desorientiert regiert wie kaum ein anderes Bündnis.



Kanzlerin Merkel, FDP-Chef Rösler



INA FASSBENDER / REUTERS

werden können. Und schwerwiegende Unterlassungen gibt es auch, vor allem im Bereich der Sozialpolitik.

Damit stellt sich die Frage, ob Angela Merkel die richtige Kanzlerin für dieses Land ist. Die vier Säulen ihres Regierungssystems – Mikroskopie, Pragmatismus, Attentismus und kalkulierte Sprödigkeit – bröckeln, wenn die eine oder andere nicht schon eingestürzt ist. Merkel hat das Kunststück fertiggebracht, dass sich ein Land, dem es ökonomisch gutgeht, nach einer ganz anderen Politik sehnt. Nicht einmal mehr 40 Prozent der Deutschen würde diese Koalition derzeit wählen. Grün steht fast schon so wie Schwarz für Bürgerlichkeit (siehe Seite 50), und wenn Merkel demnächst auf ihrer Afrika-Reise „good governance“ einfordern wird, könnte es peinliche Rückfragen geben. Weit ist es gekommen.

Deshalb ist es Zeit für eine Abrechnung mit einer sogenannten Regierung.

Dabei hatten sie sich das so schön ausgedacht, die Kanzlerin und ihr neuer Vizkanzler. Wie alles besser werden kann, wie alles ins Lot kommt, wie endlich das Sommermärchen der Regierung losgeht. Die Idee kam Rösler und Merkel auf dem Rückflug aus der USA vor gut zwei Wochen. Ein Treffen musste her. Um Grundsätzliches zu klären. Wieder mal. Eine Menge hatte sich angesammelt, aufgestaut. Ein neues Tief war erreicht. Vom Streit war die Koalition fließend in den Boykott übergegangen. Seit geraumer Zeit schon blockiert die liberale Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Die Union hat die Faxen dicke und stellte im Gegenzug auf stur bei den Lieblingsprojekten der FDP-Ministerin.

Ein guter Plan im guten Willen. Aber ein Plan, der scheitern soll. Wieder mal.

Es ist der 8. Juni, Mittwohabend, an dem die FDP-Bundestagsfraktion hohen Besuch bekommt. Der Empfang ist kühl und der Applaus verhalten.

Doch die Kanzlerin gibt sich große Mühe, die Stimmung aufzuhellen.

Union und FDP passten einfach gut zusammen, schmeichelt Merkel. Es gebe einen großen Vorrat an Gemeinsamkeiten. Und überhaupt: Die schwarz-gelbe Koalition sei immer ihr Wunsch gewesen. Der soziologische Begriff „bekundete Präferenz“ sei „immanent vorhanden, gebucht und wird beibehalten“. So hören sich Liebeserklärungen an, die man sich abpresst.

In den Tagen zuvor waren Gerüchte durch die Fraktion gegeistert, Merkel führe längst Gespräche mit der SPD. Merkel lächelt, lobt, scherzt, sie nimmt Philipp Rösler in Schutz, der wegen eines oberlehrerhaften Schäuble-Interviews in der



Minister Rösler, Einkaufspassage: Der Aufschwung zahlt nicht bei der Regierung ein

Weil sich Merkel und Rösler nur im Grundsatz einig sind, bleibt viel Raum für Zoff ums Detail.

„Bild am Sonntag“ sauer ist. Als sie die Zeitung aufgeschlagen habe, habe sie nur „Scheiße“ gedacht, sagt Merkel. Sie selbst könne kein Interesse an einem geschwächten Vizekanzler haben. „Wenn ich ihm eins auswischen will, mache ich das doch eleganter.“

Rösler und sie hätten sich eine Art Friedenstag der Partei- und Fraktionschefs auf dem Rückflug von Washington nach Berlin überlegt, sagt Merkel. Sie nennt es „Fliegen für Deutschland“.

Es wird aber wieder ein Absturz. Kaum hatte Merkel die FDP-Fraktion verlassen, verbreiteten die Nachrichtenagenturen, Merkel plane eine „Krisen-Klausur“. Vom Friedenstag zur Krisenklausur: Damit war klar, dass man auf dem Treffen

Erfolge brauchen würde, um nicht neue Berichte über ein Zerwürfnis der Koalitionspartner zu provozieren.

Eine Woche später, am Dienstag nach Pfingsten, speiste Merkel mit Rösler, ein Treffen, das im fiebrigen Berlin schnell als Vieraugengespräch firmierte. Doch Merkel und Rösler trafen sich abends im Il Punto, einem Polit-Italiener im Regierungsviertel. Dabei waren neben Merkel und Rösler auch Kanzleramtsminister Ronald Pofalla und der neue Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Kapferer.

Das Quartett wollte ausloten, wo Kompromisse möglich seien. Merkel sicherte Rösler zu, seinen Wunsch nach Steuersenkungen zu unterstützen. Rösler signalisierte, dass sich die FDP beim Thema Anti-Terror-Gesetze bewegen könnte. Allerdings wollte Merkel die Absprache zunächst diskret behandeln. Sie



RAINER JENSEN / DPA (O.); PAUL LANGROCK / ZENIT / LANF (U.)

Finanzminister Schäuble, Schuldenuhr: Den Liberalen die Steuerflausen austreiben

fürchtete, dass der Plan zerredet werden könnte, bevor die Einzelheiten geklärt wären.

Aber Rösler sah die Chance, sich zu profilieren. Er verkündete am vergangenen Montag im SPIEGEL: „Wir müssen in der Regierungskoalition zügig eine Steuerentlastung verabreden, die noch in dieser Legislaturperiode bei den Bürgern ankommt.“ Der Vorstoß war überschaulich kalkuliert. Rösler forderte das, was schon verabredet war. So kann man sich leicht zum Sieger machen.

Es war dann Regierungssprecher Stefan Seibert, der aus der Forderung auch für die Öffentlichkeit eine Tatsache machte, eine Panne, nicht seine erste. Er hat schon Guido Westerwelle, die Deutsche Bank und das spanische Unternehmen ACS gegen sich aufgebracht. Nun ist die halbe Koalition sauer auf Seibert.

Am Montag in der Regierungspressekonferenz wurde er gefragt, was die Kanzlerin zum Thema Steuersenkung meine. Seibert sagte: „Wir werden auf diesem Weg weitergehen, auf diesem Weg werden sich Spielräume eröffnen, nämlich kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.“ Aus „wir müssen“ war „wir werden“ geworden, allerdings viel zu früh und ohne Freigabe durch die Kanzlerin.

Weil sich Merkel und Rösler nur im Grundsatz einig sind, bleibt viel Raum für Zoff um die Details – und das Volumen. Merkel und ihr Fraktionschef Volker Kauder wollen allenfalls eine Steuersenkung von sechs bis sieben Milliarden Euro pro Jahr zulassen. Die Liberalen dagegen drängen nun öffent-

lich auf einen zweistelligen Milliardenbeitrag.

Das Verhängnis nahm seinen Lauf. Die Zeitungen machten den Bürgern bereits mit Tabellen den Mund wässrig. Plötzlich war vom 1. Januar 2012 als Startpunkt für die Steuerreform die Rede, das aber hatte Merkel nie im Sinn gehabt. Also musste Seibert dieses Datum aus der Welt schaffen. „Eine total vergeigte Geschichte“, stöhnt ein Spitzenmann der Union.

Ausgerechnet in den Steuern neues Glück zu suchen, entbehrt nicht der Ironie. Kein Thema hat die Stimmung in der schwarz-gelben Regierung so vergiftet wie Steuersenkungen. Und mit ihnen soll nun auf dem Scheiterhaufen der ersten zwei Koalitionsjahre der x-te Neubeginn zwischen CDU, CSU und FDP versucht werden.

Rösler sieht die Zeit dafür gekommen: „Nach der Bundestagswahl haben wir nicht gemerkt, dass sich die Lage geändert hatte“, sagt er unter Bezug auf die Steuersenkungsversuche der FDP zu Beginn der Legislaturperiode. „Jetzt müssen andere aufpassen, dass sie nicht auf alten Positionen beharren, obwohl sich die Lage geändert hat.“ Unseriöse Quer Verhandlungen lehnt er ab: „Wir müssen und werden uns auch bei der inneren Sicherheit einigen. Es wird aber keinerlei Tauschgeschäfte geben.“

Die Impulse der FDP finden Resonanz. „Es muss jetzt mal was für die Leistungsträger geben“, sagt CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs. Doch die Riege der Widersacher ist nach wie vor groß. Die Haushälter der Fraktion sind dagegen, zudem die meisten Ministerpräsidenten, die dem Vorhaben im Bundesrat zustimmen müssen.

Die Kritiker der Steuerwende glauben, dass sich die öffentlichen Kassen die Einnahmeausfälle noch immer nicht erlauben können. Unions-Fraktionsvize Michael Meister sorgt sich um den Haushalt. Um die Planungen für 2013 einzuhalten,

fehlten schon jetzt neun Milliarden Euro, hat er errechnet, beispielsweise wegen der Kosten für die Energiewende.

Norbert Barthle, Chef-Haushälter der Unionsfraktion warnt davor, übertriebene Erwartungen zu wecken. „Der Abbau der viel zu hohen Neuverschuldung und die Einhaltung der Schuldenbremse haben weiterhin absolute Priorität“, sagt er.

Weiterer Widerstand wartet in der Länderkammer, die Änderungen bei der Einkommensteuer mittragen muss. Nicht nur die SPD-Länder und das grün geführte Baden-Württemberg lehnen die Überlegungen ab. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hält die Pläne der Bundesregierung für „unverantwortlich“.

Sein hessischer Kollege Volker Bouffier (CDU) will zwar auch die Steuern senken,

Kein Thema hat das Klima in der Koalition so vergiftet wie die Debatte über Steuersenkungen.

„Kurzatmige Deals“

Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle, 68 (CDU), über die Lebenslügen der deutschen Außenpolitik und den Vergleich mit der Kohl-Ära

SPIEGEL: Herr Rühle, Sie waren sechs Jahre lang Bundesminister in einer schwarz-gelben Koalition. Erinnert Sie diese Koalition an die von damals?

Rühle: Kaum. Eine Koalition braucht eine strategische Stabilität, keine kurzatmigen Deals. Diese Koalition produziert schon wieder einen Schuss in den Ofen, wenn sie jetzt über Steuer-senkungen diskutiert. Zuerst wird den Leuten erzählt, man müsse die Haushalte mit der Schuldenbremse konsolidieren, dann dreht man sich auf der Spitze des Ballettschuhs um und verkündet Steuergeschenke.

zug hält die Regierung doch Kurs, oder?

Rühle: Aber was für einen! Der Afghanistan-Einsatz entwickelt sich zu einer großen Lebenslüge dieser Bundesregierung. Als ich vor zwei Jahren im SPIEGEL einen Abzugsplan gefordert habe, wollte die Kanzlerin am liebsten zehn Jahre lang bleiben. Das Schlimmste aber sind die falschen Begründungen. Am Hindukusch wird nicht unsere Freiheit verteidigt.

SPIEGEL: Aber Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hält doch am Abzugsplan fest.

die Nato. Aber während der afghanische Präsident den amerikanischen Abzugsplan begrüßt, haben die Deutschen den Sinn der Aktion noch gar nicht verstanden. Die deutsche Politik hat sich am Hindukusch verirrt.

SPIEGEL: Was lernen Sie aus dem Afghanistan-Einsatz?

Rühle: Wer in einen Einsatz zieht, muss eine klare Vorstellung von seinen Zielen haben und darf sich nicht immer neue aufschwätzen lassen. Und wenn man gemeinsam reingeht, muss man auch alle Risiken gemeinsam tragen und keine Sonderrolle spielen.

SPIEGEL: Berlin hat aus Afghanistan gelernt, nicht nach Libyen zu gehen.

Rühle: Die Enthaltung im Sicherheitsrat war historisch falsch. All die Leute, denen Westerville in Bengasi die Hände geschüttelt hat, würden nicht mehr leben, wenn unsere Nato-Partner sich so verhalten hätten wie er.

SPIEGEL: Hätte Merkel sich gegen den Außenminister durchsetzen müssen?

Rühle: Dafür ist die ganze Regierung verantwortlich. Da sind ein paar Grundfesten der deutschen Politik ins Rutschen gekommen.

SPIEGEL: Aber der Libyen-Einsatz der Nato ist doch keine Erfolgsgeschichte.

Rühle: Immerhin erhält Libyen die Chance auf eine bessere Zukunft. Mich ärgert aber, wenn der Verteidigungsminister die Verbündeten wegen Mangels an Munition kritisiert. Das wirkt antieuropäisch, denn unsere europäischen Partner agieren dort erstmals weitgehend allein, ohne die USA. Wenn es dann zu Engpässen kommt, ist es unsere Pflicht, den Partnern zu helfen. Wir dürfen nie vergessen: Kein Land hat mehr von der Nato und der EU profitiert als Deutschland.

SPIEGEL: Welche Verantwortung trägt die Kanzlerin?

Rühle: Ich bin mir sicher: Ein Kanzler Kohl hätte seinem Außenminister bei der Abstimmung im Uno-Sicherheitsrat klar gesagt: Deutschland stimmt gemeinsam mit seinen Verbündeten.

INTERVIEW: RALF BESTE



CDU-Mann Rühle, Koalitionäre Genscher, Kohl 1988: „Gemeinsame Strategie“

SPIEGEL: Unter Kanzler Helmut Kohl war alles besser?

Rühle: Damals hatten wir auch massive Konflikte. Die FDP hat sogar gegen den Awacs-Einsatz der eigenen Regierung vorm Verfassungsgericht geklagt. Aber wir hatten eine gemeinsame Strategie, und wir sind im Alltag der Politik fair miteinander umgegangen. Das ist heute nicht zu erkennen.

SPIEGEL: Aber die Akteure sind doch zum Teil dieselben: Wolfgang Schäuble, Angela Merkel, Guido Westerwelle waren auch damals dabei.

Rühle: Schäuble nehme ich ausdrücklich aus, der hält seinen Kurs. Ansonsten erlebe ich nur Hektik und Kurzatmigkeit. Immer beeinflussen irgendwelche Termine von Parteitag und Landtagswahlen die Agenda.

SPIEGEL: Sie kritisieren in einem Beitrag für ein neues Buch die Außenpolitik der Regierung*. Beim Afghanistan-Ab-

Rühle: Der Regierung fehlen konkrete Vorstellungen für den Abzug. Regierung und Bundeswehr müssen das entscheiden, sie brauchen dafür Flexibilität, das Parlament muss sich aus den operativen Planungen heraushalten. Dieser Krieg wird nicht militärisch, sondern politisch beendet, wie in Vietnam und im Irak auch. Das haben die Amerikaner begriffen, die Deutschen müssen dem folgen. Nur dann behält auch das militärische Engagement bis 2014 seinen Sinn.

SPIEGEL: Ist es zu verantworten, dass deutsche Soldaten dort noch drei Jahre lang ihr Leben riskieren?

Rühle: Wir können nicht weglaufen und auch nicht schneller weggehen als die anderen Partner. Sonst zerreißt das

* Christoph Schwegmann (Hg.): „Bewährungsproben einer Nation. Die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland“. Duncker & Humblot, Berlin; 243 Seiten; 18 Euro.



HASSAN AMMAR / AP

Libysche Rebellen mit Raketenwerfer bei Misurata: Die Regierung schlingert in der Außenpolitik

aber bitte nicht auf Kosten der Länder. „Entlastungen zu finanzieren ist in erster Linie Sache des Bundes“, sagt Bouffier. Die Länder hätten nichts zu verschenken.

Christian von Boetticher, Spitzenkandidat der CDU bei den Wahlen in Schleswig-Holstein im kommenden Mai, ist zugunsten einer Entlastung unterer und mittlerer Einkommen sogar bereit, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Da sich die Länder Einnahmeausfälle nicht leisten könnten, müsse es „um eine Umschichtung im System gehen“, sagt Boetticher. „Was wir bei unteren und mittleren Einkommen entlasten, muss am oberen Ende zusätzlich eingenommen werden, zum Beispiel durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.“

CSU-Chef Horst Seehofer ist dagegen für eine reine Entlastung: „Wir haben den Bürgern mehr netto vom Brutto versprochen. Das werden wir auch umsetzen, und zwar noch vor der Bundestagswahl, aber in Einklang mit der Wirtschaftslage und ohne die Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Ich sehe keinen Sinn darin, Pläne für eine maßvolle Steuersenkung zu zerreden.“

Das alles klingt schon nach großem Durcheinander. Aber da ist noch Dr. No, Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, unerbittlicher Hüter des Haushalts. Wusste er vom Deal mit Rösler? Das Kanzleramt sagt: ja. Schäuble sagt: nein. Jedenfalls nicht so. Von einer Festlegung will er nichts wissen. Als Schäuble in der vergangenen Woche Seiberts Äußerungen gereicht bekam, soll er vor seinen Beamten voller Zorn etwas von „Unsinn“ geschnaubt haben.

Jetzt sitzt er da in seinem großen Büro im vierten Stock des Finanzministeriums wie in einem Bunker und beobachtet, wie in der Welt draußen dieser Unsinn umherfliegt. Schäuble spottet über einzelne

Liberalen, die heute dies und morgen das fordern. Sein Lächeln ist das eines Mannes, der davon ausgeht, dass er am Ende am längeren Hebel sitzt. Er habe gute Argumente auf seiner Seite, sagt Schäuble und erinnert an die Milliarden für die Euro-Rettung und daran, dass der Bund auch in diesem Jahr wieder mindestens 30 Milliarden an neuen Schulden aufnimmt.

Das ist seine Sicht. Die da draußen sehen es anders, nämlich so: Von einem Aktivposten im Personalgefüge der Regierung hat sich Schäuble längst zu einer Belastung gewandelt. Für viele Liberale mutierte er zur Hassfigur, weil er über Monate jeden Versuch verhinderte, die Steuern zu senken. Auch in der Union rollen viele mit den Augen.

Schäuble steht am Ende seiner politischen Karriere, und er tut, was er will, ohne Rücksicht. „Schäuble machte nicht einen Moment lang den Eindruck, als ginge ihn diese Koalition etwas an“, sagt Hessens Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP).

Nur noch zwei Ziele scheint Schäuble zu verfolgen: Zum einen will er der FDP die Steuerflausen austreiben, zum anderen will er den Euro und Europa retten. Er sieht sich als letzter Europäer alter Schule im Kabinett.

Das Wirken Schäubles und seiner Kanzlerin in der Euro-Krise ist allerdings weder von Weit- noch von Durchblick geprägt. Während EU-Kommission und Partnerländer von den Deutschen Führung erwarten, irrlichtern die beiden mit wechselnden Positionen umher.

Monatelang hatte Schäuble eine Umschuldung griechischer Anleihen, gleich in welcher Form, kategorisch ausgeschlossen. Aus Angst vor den Euro-Skeptikern

in der eigenen Fraktion vollzogen Merkel und Schäuble die Kehrtwende. In einem Brief an EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und die Finanzminister der Euro-Zone forderte Schäuble einen „quantifizierbaren und substantiellen Beitrag“ des Privatsektors am neuen Rettungspaket. In Brüssel musste er sich scharfe Vorwürfe anhören. „Schäuble versteht hier keiner mehr“, hieß es dort.

Merkel setzte noch einen drauf. Eine Umschuldung müsse freiwillig sein, sagte sie nach ihrem Treffen mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Berlin. Der flötete etwas von einem „großen Durchbruch“. Schäuble war düpiert.

Merkels Politik in der Euro-Krise folgt stets dem gleichen Muster. Zuerst tritt sie mit markigen Forderungen auf, um dann kleinlaut einzuknicken. Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Deutschen

liegt nicht zuletzt daran, dass Merkel und Schäuble zwar an einem Strang ziehen, nicht aber immer am selben Ende. Auffällig wurde der Dissens zwischen beiden gleich zu Beginn der Griechenland-Krise. Merkel verlangte, dass der Internationale Währungsfonds unbedingt an der Krisenbewältigung beteiligt werden

müsse. Schäuble war strikt dagegen. Die Europäer müssten der Welt zeigen, dass sie mit ihren Problemen allein fertig würden. Merkel setzte sich durch.

Schäuble macht ihr nun Ärger mit seiner Widerborstigkeit. Er verachtet die Liberalen, und er hält nicht viel von Rösler. Der junge Mann sei „überaus sachkundig und lebenswürdig“, sagte Schäuble in jenem inkriminierten Interview und berichtete aus einem vertraulichen Gespräch. Rösler habe zudem „ein hohes Maß an Humor.“ Rösler verstand die Worte so,

Für Liberale ist Finanzminister Schäuble zur Hassfigur mutiert. Auch viele in der Union rollen die Augen.

Viel Lärm um wenig

Die Steuerpläne der Bundesregierung sind eine Investition in den Koalitionsfrieden. Dem Steuerzahler wird der Berliner Aktionismus kaum helfen.

Für Finanzminister Wolfgang Schäuble hat sich nichts geändert. Zwar korrigieren Banken und Forschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen für Deutschland ständig nach oben; zwar steigen die Steuereinnahmen, allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um fast zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum; all das ändert seine Meinung aber nicht: Die öffentlichen Haushalte können Steuererleichterungen noch nicht verkraften, glaubt Schäuble fest – auch wenn sich Kanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Philipp Rösler jüngst grundsätzlich darauf geeinigt haben sollten.

Schäuble wird nicht müde, die Risiken solcher Aktionen aufzuzählen: Zwei Milliarden Euro fehlen ihm, weil sich die eingeplante Finanzmarkttransaktionssteuer in Europa nicht durchsetzen lässt. Bei der Brennelementesteuer fehlt eine knappe Milliarde, weil weniger Meiler am Netz bleiben. Außerdem muss er noch einen pauschalen Einsparbetrag von 4,8 Milliarden Euro zusammenkratzen. Diese sogenannte globale Minderausgabe ist schon im Etat 2014 eingeplant, aber noch nicht durch Einsparungen unterfüttert.

Niemand wisse zudem, wie teuer die Rettung des Euro am Ende wirklich werde. Bislang stehe nur fest, dass 22 Milliarden Euro ab 2013 in fünf Tranchen in den permanenten Rettungsmechanismus überwiesen werden sollen. Hinzu kommen die Kosten der Energiewende.

Angesichts dieser Finanzlage sei es auch ohne Steuerrabatte schwierig genug, die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse umzusetzen, findet Schäuble. Bis 2016 verlangt die neue Verfassungsvorschrift ein konjunkturbereinigtes Defizit von höchstens zehn Milliarden Euro.

Der Etat-Entwurf für 2012 enthält noch immer eine Neuverschuldung von 31,5 Milliarden Euro. Kurzum, Schäuble sieht keinen Spielraum für Entlastungen. „Steuersenkungen sind kein Verfas-

sungsgebot“, heißt es in seinem Haus. „Der ausgeglichene Haushalt schon.“

Der hartnäckige Widerstand hat Schäuble nicht geholfen. Mit jeder guten Nachricht über die erfreuliche Entwicklung von Konjunktur und Steuereinnahmen geriet er mehr in die Defensive. Über seinen Kopf hinweg entschied die Kanzlerin an Pfingsten, der FDP ein Erfolgserlebnis zu gönnen und doch Steuersenkungen zuzustimmen, die Rösler dann im SPIEGEL-Interview vergange-

zu diesem Punkt steigt der Tarif besonders steil an (siehe Grafik). Beide Maßnahmen würden den Tarifverlauf abflachen. Besonders profitieren sollen untere und mittlere Einkommen.

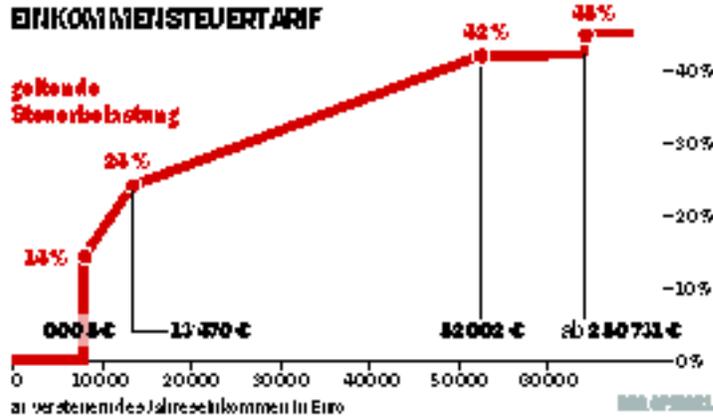
Die Veränderungen sind überschaubar und kaum spürbar, immerhin profitieren aber alle. Wer als Verheirateter ein Jahreseinkommen von 27500 Euro hat, wird um knapp 80 Euro entlastet. Im Jahr. Verdient er 65000 Euro, sind es knapp 400 Euro. Im Schnitt werden die 40 Millionen Steuerpflichtigen um jährlich je 175 Euro entlastet.

Mit der Summe und den geplanten Maßnahmen lassen sich die von der FDP angestrebten Ziele („Ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem“) nicht erreichen. Das Einkommensteuerrecht bleibt undurchsichtig und kompliziert wie eh und je. Wollte die Regierung tatsächlich den Tarif begradigen, müsste sie viel höhere Entlastungen einplanen.

Sollte sich das Wirtschaftswachstum bis 2013 abschwächen, was möglich ist, dürfte sich die belebende Wirkung der Maßnahme auf die Konjunktur zudem in Grenzen halten. Dazu fällt die Entlastung zu gering aus. So zeigt die geplante Entlastungsaktion ein merkwürdiges Paradox: Sie ist zu klein und zu groß gleichermaßen. Zu klein, um Wirkung zu entfalten – und genau aus diesem Grund zu groß, weil sie den noch immer angespannten Haushalt strapaziert.

Begrüßen kann die Überlegungen ohnehin nur, wer Steuersenkungen immer und überall für eine gute Sache hält – gleichgültig, wie sie im Detail beschaffen sind. Dabei sind neue Probleme im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens nicht ausgeschlossen.

Für ihre Pläne braucht die Bundesregierung die Zustimmung der Länder, die rund die Hälfte der Kosten tragen. Doch die Länder torpedieren fast geschlossen das Vorhaben. Sie müssen wie der Bund die Vorgaben der Schuldenbremse umsetzen. Viele schaffen das schon jetzt



ne Woche fordern konnte. Die Größenordnung soll indes viel geringer ausfallen, als die Liberalen hoffen.

Um maximal sieben Milliarden Euro sollen die Bürger von 2013 an entlastet werden, legte Merkel fest. Dabei handelt es sich weniger um den Versuch der Volksbeglückung als vielmehr um eine Investition in den Koalitionsfrieden.

Schäuble fällt nun die undankbare Aufgabe zu, den Beschluss der anderen zu exekutieren. Seine Fachleute müssen herausfinden, was sich mit der vorgegebenen Summe erreichen lässt.

Nicht viel, das steht schon fest. Orientieren sollen sich die Beamten am Steuerkonzept der CSU. Eingangs- und Spitzensteuersatz blieben also gleich, bei 14 Prozent und 42 Prozent. Der Spitzentarif soll aber statt bei einem Jahreseinkommen von 52 882 Euro für Alleinstehende erst bei einem rund 1500 Euro höheren Einkommen greifen. Außerdem soll die unschöne Knickstelle des Steuersatzverlaufs etwas gesenkt werden, die derzeit bei einem Satz von 24 Prozent liegt. Bis



NIGEL TREBLIN / DAPD

VW-Mitarbeiter in Wolfsburg: „Steuersenkungen sind kein Verfassungsgebot“

kaum, neue Einnahmeausfälle können sie daher nicht verkraften.

Andere wiederum würden den Plänen zustimmen, wenn der Bund die Ausfälle komplett übernehme. Das geht aber selbst den Steuersenkern in der Koalition zu weit. Sieben Milliarden Euro lassen sich nicht so einfach aus dem Haushalt schneiden.

Wenn der Bund allein auf den Kosten sitzenbliebe, könnten die Steuern eben nur im Umfang des ursprünglich vorgesehenen Bundesanteils sinken, heißt es in der Regierung. Das wäre die Hälfte der anvisierten 7 Milliarden Euro, also 3,5 Milliarden. Die Entlastung fiel somit noch armseliger aus.

Um die Mitsprache des Bundesrates zu umgehen, haben Koalitionspolitiker die Abschaffung des Solidaritätszuschlags vorgeschlagen. Sie kann der Bund allein beschließen, weil ihm das gesamte Aufkommen zusteht. Dies käme Schäuble jedoch teuer zu stehen.

Der Soli bringt ihm bislang jährlich 12 Milliarden Euro ein. Mit der bereitgestellten Summe von 3,5 Milliarden ließe sich der Zuschlag von derzeit 5,5 Prozent auf die Einkommensteuern auf vier Prozent senken. Auch diese Operation würde dem heimlichen Motto der Koalition in der Steuerpolitik gehorchen: viel Lärm um wenig.

CHRISTIAN REIERMANN

wie sie gemeint waren. Als Frechheit und grobes Foul.

Rösler will nun mit Schäuble nicht mehr unter vier Augen reden. Er habe kein Vertrauen mehr zu diesem Mann, sagte er in kleinem Kreis, er kochte vor Wut. Es könne nicht sein, dass Schäuble die Vertraulichkeit bricht. Wenn der Wirtschaftsminister und der Finanzminister nicht mehr miteinander sprechen, ist das ein Symptom für eine Regierung im Zerfall. Rösler sagte auch, er erwarte von der Kanzlerin, dass sie für einen professionellen Umgang unter den Kabinettskollegen Sorge.

Der Vertrauensbruch war für Rösler deshalb so schwerwiegend, weil Schäuble seine größte Schwäche bloßgestellt hatte. In der Partei sorgen sich viele, dass Rösler zu nett sein könnte.

Auch deshalb braucht er die Steuersenkung, und es muss klar sein, dass er sie durchgesetzt hat. Obwohl er alles anders machen wollte, macht er alles wie immer. Rösler hatte sich geschworen, die FDP aus dem Steuersenkungsgefängnis herauszuführen. Wie hatte er noch im April gesagt, also vor elf Wochen? „Wenn wir im Mai eine Steuerschätzung bekommen, die besser ausfällt als erwartet, dann bin ich dafür, dieses zusätzliche Geld in die Haushaltskonsolidierung zu stecken.“

Nun ist Rösler dafür, seinen Worten zuwiderzuhandeln. Er betreibt den Steu-

ersenkungsfanatismus, weswegen er Guido Westerwelle als Parteichef beseitigt hat.

Die FDP ist eine verzweifelte Partei geworden, das macht den Umgang mit ihr so schwierig. Seit ihrem Höhenrausch bei der Bundestagswahl wurde sie von der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt. Sie tut sich am schwersten mit der allgemeinen Vergrünung, weil die im Widerspruch zu liberalen

Prinzipien steht. Die Freidemokraten sehen die freie Wahl der Lebensformen eingeschränkt, wenn jeder im Einklang mit der Umwelt leben soll. Sie sehen die Gewinninteressen der Unternehmen beeinträchtigt, wenn sie ökologische Auflagen erfüllen müssen. Und sie sehen, nicht zu Unrecht, den Staat in eine

noch größere Rolle hineinwachsen, weil er die komplexe Energiewende organisiert.

Deshalb ist die FDP eine isolierte Partei. Sie muss mitansehen, wie die Union mit den Grünen flirtet, während es derzeit keine rot-gelben Optionen gibt. Das macht wütend und stur bei den liberalen Kernthemen.

Auch deshalb ist das jetzt ein Kabinett, bei dem sich ein paar Leute nicht riechen können. Bislang war Westerwelle der Mann, über den Unionskollegen endlos gelästert haben. Rösler hat ihn in dieser

Rösler will die FDP wieder sympathisch machen. Nun sorgen sich viele, dass er einfach zu nett ist.

Rolle abgelöst. „Kindisch“ hat kürzlich ein Kabinettskollege zu Röslers Verhalten im Kabinett gesagt, hinter vorgehaltener Hand natürlich.

Insgesamt hat man sich wenig zu sagen und redet lieber übereinander als miteinander. Der Kabinettsstisch ist kein Ort, an dem Merkel Konflikte austragen lässt. Sie will nicht die große Diskussion, sie will die intime Verabredung, aber umso mehr wird geschnattert und spekuliert.

Der einzige Minister, der bei fast allen Kollegen große Wertschätzung genießt, ist Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Zu den anderen fallen den Kollegen eher Defizite ein, nicht ganz zu Unrecht.

Dies ist kein erfahrenes Kabinett von hohem spezifischem Gewicht. Da sind die Grünschnäbel Philipp Rösler, Gesundheitsminister Daniel Bahr, Familienministerin Kristina Schröder und Innenminister Hans-Peter Friedrich, da sind die nahezu Unsichtbaren, Verbraucherministerin Ilse Aigner, Forschungsministerin Annette Schavan und Verkehrsminister Peter Ramsauer, da ist das infernalische Duo Guido Westerwelle und Dirk Niebel, da Deutschland irrlichternd in der Welt vertritt, der eine als Außen-, der andere als Entwicklungshilfeminister.

Und ganz oben ist da Angela Merkel, die nichts stiften kann, keinen gemeinsamen Geist, kein Klima der Verbundenheit. Mit ihrer Haltung der ironischen Distanz bleibt nahezu jeder in ihrem Kabinett ein Einzelner.

Das einzige große Projekt dieser Regierung hat ein Tsunami gestiftet, es ist der Atomausstieg. Merkel ist mehr Sozialingenieurin als Visionärin, sie trippelt lieber, als dass sie schreit. Ihr Konzept mit Schwarz-Gelb war das des permanenten Neustarts: nach Guido Westerwelles fatalem Satz von der „spätromischen Dekadenz“, nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen, nach der Bundespräsidentenwahl, nach der Sommerpause, nach Guido Westerwelles Vizekanzlerschaft – immer sollte es einen Neustart geben, und immer ging es so weiter wie bisher.

Schwarz-Gelb kann sich nicht erneuern, Schwarz-Gelb bleibt immer das, was es nie sein sollte, eine Regierung der Fehlschläge.

Schwarz-Gelb hat auch das Ansehen Deutschlands in dieser Welt nahezu



Regierungssprecher Seibert: *Eine Panne folgt der anderen*



Umweltminister Röttgen: *Hoffnung für die Zeit nach Merkel*

ruiniert. Die Nato-Verbündeten ärgern sich, dass die Deutschen in Libyen nicht mitmachen, sondern am Rand stehen und gute Ratschläge geben (siehe Interview Seite 26). Die Europäer ärgern sich, dass die Deutschen in der Euro-Krise weniger europäische als nationale Interessen verfolgen. Man muss ja nicht Everybody's Darling sein, aber Vereinzelung ist auch kein Konzept für eine globalisierte Welt.

Die Bundesregierung tut nichts, um die strukturellen Probleme Deutschlands zu lösen.

Für die scheint Deutschland zumindest ökonomisch ganz gut gerüstet, die Konjunktur brummt gerade. Gleichwohl ist die Sozialpolitik ein Feld der Versäumnisse von Schwarz-Gelb. Bislang lässt sie sich in einem Wort zusammenfassen: Beitragserhöhung. Krankenkasse und Arbeitslosenversicherung sind unter Schwarz-Gelb bereits deutlich teurer ge-

worden, die Pflegeversicherung soll demnächst folgen. Dabei hatten Union und FDP im Koalitionsvertrag das Gegenteil versprochen.

Für die Gesundheitsvorsorge sind seit Jahresbeginn 15,5 Prozent des Bruttolohns fällig, 0,6 Prozentpunkte mehr als zuvor. Die Arbeitslosenversicherung stieg

von 2,8 Prozent des Bruttolohns auf 3 Prozent. Beide Erhöhungen zusammen kosten einen Durchschnittsverdiener und seinen Chef rund 240 Euro im Jahr. Insgesamt geht es um eine Belastung von mehr als acht Milliarden Euro, die Union und FDP den Normal- und Geringverdienern aufgebürdet hat, also ausgerechnet jener Zielgruppe, von der es jetzt heißt, sie müsse dringend entlastet werden.

Enttäuschend ist, dass die Regierung nichts tut, um die Strukturprobleme zu beheben. Nach den Beitragserhöhungen und wegen der überraschend guten Wirtschaftslage sind die Finanzen der Sozialversicherungen gerade halbwegs im Lot. Jetzt wäre eine gute Gelegenheit, um jene grundsätzlichen Reformen auf den Weg zu bringen, von denen Union und FDP immer geredet haben. In der Theorie sind sich alle Beteiligten einig darüber, dass die mit dem demografischen Wandel einhergehenden Kosten nicht länger nur über die Löhne und Gehälter finanziert werden sollten.

Doch in der Praxis passiert genau das: Union und FDP belasten die abhängig Beschäftigten, verteuern den Faktor Arbeit und sorgen dafür, dass vom Brutto immer weniger Netto übrig bleibt. Die Konstruktionsmängel der Sozialversicherung bleiben erhalten; die Strukturdefizite werden nicht angerührt.

Das Scheitern in der Arbeitslosenpolitik hat vor allem die zuständige Sozialministerin Ursula von der Leyen von der CDU zu verantworten. Ihre Reform der Hartz-IV-Gesetze ist ebenso teuer wie bürokratisch. Die von ihr versprochene Bildungskarte wird es vermutlich nie geben. Das „warme Mittagessen“ für alle bedürftigen Kinder, das die Ministerin ständig ankündigt, dürfte ziemlich kalt sein, wenn es denn irgendwann wirklich auf den Tisch kommt.

Die Rechnung werden die Beitragszahler begleichen müssen, sollte demnächst die Wirtschaft abkühlen. Sobald, wie prognostiziert, die Arbeitslosigkeit wieder steigt, werden auch die Haushaltslöcher der Renten-, Gesundheits- und Pflegekassen wieder aufreißen. Und wegen der von Schwarz-Gelb zusätzlich verschuldeten Kosten, etwa bei den Arzthonoraren und der geplanten Pflege-reform, wird das Defizit dann noch größer sein als bei der letzten Krise.

So gibt es sachpolitische Felder, die unberührt brachliegen, und es gibt Felder,



Kanzlerin Merkel, Präsident Obama in Washington am 8. Juni: Entspannung von den Koalitionsquerelen in Berlin

auf denen die Regierung genug damit zu tun hat, eigene Fehler rückgängig zu machen. Das ist doppelte Arbeit, vergeudete Kraft und Zeit. Diesen Luxus hat sich die Kanzlerin in der Energiepolitik geleistet und mit ihrem Atomschwenk obendrein die CDU-Basis verunsichert. Viele Parteianhänger haben noch die Worte der Kanzlerin vom vergangenen Jahr im Ohr, dass eine Verlängerung der Laufzeiten unumgänglich sei. Auch das gilt nicht mehr – seit der Katastrophe von Fukushima.

„Die CDU-Anhänger im Wahlkreis sehen das eher kritisch“, sagt Wolfgang Bosbach, CDU-Abgeordneter aus dem Bergischen Land. „Warum musste das so schnell entschieden werden? Was ist, wenn der Netzausbau nicht so schnell erfolgt wie erhofft?“ Das bekomme er immer wieder zu hören, sagt Bosbach. „Und das sind berechtigte Fragen.“

Vergangenen Dienstag trat der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler auf dem Münchner Nockherberg zusammen mit der Grünen-Chefin Claudia Roth auf, es war ein denkwürdiger Abend. Zur Ehrlichkeit gehöre auch, dass die Union endlich zugebe, dass die Grünen recht hatten, sagte der CSU-Mann. „Ich habe dem Be-

schluss der Regierung zugestimmt, genauso wie ich vor zehn Monaten dem krassen Gegenteil zugestimmt habe. Das ist kein Ruhmesblatt.“

Von der Fraktionsführung können die Abgeordneten keine Unterstützung erwarten. Vergangene Woche machte unter den Parlamentariern eine Argumentationshilfe der Planungsgruppe der Fraktion die Runde, einer Art Taschenkarte für den Fronteinsatz im Wahlkreis. Aber darin wurde nicht erklärt, warum der abrupte Schwenk sinnvoll ist. Stattdessen rühmen sich die Fraktionsstrategen, nun noch schneller aussteigen zu wollen als die ehemalige Bundesregierung unter Gerhard Schröder. „Im Gegensatz zu den Beschlüssen von Rot-Grün können die Kraftwerksbetreiber keine Verzögerungstaktik mehr betreiben“, heißt es in dem Papier; die Koalition schließe nun „rot-grüne Hintertürchen“.

Der Umstand, dass diese Regierung kaum einen Tag lang gut regiert hat, wirft die Frage auf, wer gutes Regieren qua Amt organisiert. Damit ist man beim Kanzleramtsminister. Damit ist man bei Ronald Pofalla. Eigentlich sollte der Kanzleramtschef still die Streitfälle der Regierung schlichten, aber Pofalla ist

auch in der Regierungszentrale der aufbrausende Parteipolitiker geblieben, der er schon immer war. Kaum etwas betreibt Pofalla lieber als den parteipolitischen Stellungskrieg. Die Liberalen sehen in Pofalla immer noch Merkels Parteisekretär, auch deshalb stocken viele Projekte.

Die Koordinierung im Kanzleramt läuft so holprig, dass die Führung der Unionsfraktion inzwischen dazu übergegangen ist, heikle Streitfragen selbst in die Hand zu nehmen. Vor allem der Parlamentarische Geschäftsführer Peter Altmaier ist inzwischen zu einer Art Ersatzkoordinator der Koalition aufgestiegen.

Altmaier verströmt eine Gemütlichkeit, die beruhigend auf die strapazierten Nerven der Koalitionäre wirkt. Er musste schon im monatelangen Konflikt um die Sicherungsverwahrung von gefährlichen Straftätern schlichten. Jetzt soll er Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger von ihrer harten Haltung beim Streit um die Vorratsdatenspeicherung abbringen.

Am Ende aber ist ein Kanzleramtsminister, wie immer er heißt, was immer er taugt, nur ein politischer Hausmeister. Am Ende geht es um den Hausherrn, oder die Hausherrin.

Angela Merkel hat schöne Festtage hinter sich. Sie holte sich in Indien den Nehru-Preis ab, durfte in Singapur eine Orchidee mit ihrem Namen beschnuppern und wurde in Washington von Barack Obama mit der Freiheitsmedaille dekoriert. Beim Festakt im Rosengarten des Weißen Hauses wirkte sie glücklich, was bei ihr so oft nicht vorkommt. Sie hatte etwas Leichtes, Heiteres, Tänzeldes. Man konnte sich vorstellen, wie sie auf ihrer Abi-Feier war.

Auf dem Rückflug trug sie Jeans, ebenfalls eine Seltenheit. Aber mit der Entspannung war es nach der Landung in Berlin vorbei. Rösler und Schäuble hatten sich in die Haare gekriegt, Merkels Koalition ging in die nächste Streitrunde.

Diese ewigen Fehlschläge haben viel mit ihr zu tun, mit dem System Merkel, das aus vier Säulen besteht: Mikroskopie, Pragmatismus, Attentismus und Sprödigkeit.

Mikroskopie: Einer der beunruhigenden Sätze der vergangenen Tage kommt von einem ihrer Minister: „Sie blickt nicht mehr richtig durch“, hat er gesagt. Er meinte die Euro-Krise und den Atomausstieg, viel Stoff, extrem kompliziert, selbst für Experten kaum zu durchschauen. Auch Merkel ist hier überfordert, reibt sich aber auf in dem Versuch, sich die Details zu erschließen. Sie will immer ihr bestinformierter Sachbearbeiter sein und vergeudet damit ihre Energien.

Pragmatismus: Merkel ist eine Frau ohne Fundament. Sie ist nicht konservativ, nicht sozialdemokratisch, nicht grün, nicht wirtschaftsliberal. Für sie sind das Elemente einer Werkzeugkiste, aus der sie sich bei Bedarf bedient. Das wurde nie so deutlich wie im Spätsommer 2010, als sie die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ausgehandelt hat. Das Ergebnis waren zwölf Jahre.

Dies ist eine reine Machtzahl. Sie vertrat keine Haltung, nicht einmal eine Neigung. Ihren Umweltminister Norbert Röttgen, einen Nachfolgeaspiranten, hatte sie damit geschrumpft. Die Energieversorger und der Wirtschaftsflügel ihrer Partei waren gut bedient, aber weit weg von ihren Wunschvorstellungen. Der Aufbruch hielt sich in Grenzen, und genau das war Merkels Ziel.

Eine Haltung zeigte sie erst unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima und der nahen Wahl in Baden-Württemberg. Sie vergrünte sich schlagartig, was nicht falsch war, aber unglaublich. Wer so viele Positionen eingenommen hat wie Merkel, von dem bleibt nur ein Eindruck: der Machtwille. Merkels einstiger Vizekanzler Franz Müntefering, SPD, hat das einmal so ausgedrückt:

„Man kann sich zu ihr ins Flugzeug setzen, wenn sie Pilotin ist. Man wird sicher ankommen. Man weiß nur nicht, wo.“

Attentismus: Merkel führt im Normalfall durch Warten. Sie hört jedem zu und gibt jedem das Gefühl, dass sie irgendwie auf seiner Seite ist. Das ist eine exakt kalkulierte Unklarheit, mit der sie bislang Erfolg hatte, die sich aber mit den Jahren verschleißt. Die Zahl der Enttäuschten und Verdrossenen in ihrer Regierung wächst und wächst. Selbst ihre beiden Stellvertreter in der CDU, Ursula von der Leyen und Norbert Röttgen, die sich in ihrem Modernisierungskurs wiederfinden, sind längst Enttäuschte. Von der Leyen, weil sie den Eindruck hatte, Merkel wolle sie zur Bundespräsidentin machen; Röttgen, weil er dachte, Merkel sei so grün wie er, dann aber die zwölf Jahre Laufzeitverlängerung hinnehmen musste.

Kaum einer hat noch Grund, loyal zu sein. Der Spitzname „Mutti“ ist in Fraktion und Regierung nur noch selten zu hören. Fürsorglichkeit wird mit Merkel nicht mehr verbunden.

Sprödigkeit: Gerade jetzt müsste die Bundeskanzlerin ihrem Volk eine Menge erklären, Euro-Krise und Energiewende sorgen für Unsicherheit. Die Bürger wollen Begründungen für die Politik hören, wollen mitgenommen werden. Merkel aber verweigert die charismatische Ansprache konsequent, obwohl sie im kleinen Kreis durchaus überzeugend sein kann. Das ist also geplante Sprödigkeit, sie will keine großen Worte für ihre Politik finden, weil sie sich ihrer Politik selbst nicht gewiss ist.

Als Ulrich Wilhelm, der fast fünf Jahre Merkels Regierungssprecher war, aus der Politik ausschied, sagte er, dass es auch eine Leistung der Bundeskanzlerin gewesen sei, nie einen falschen Satz gesagt zu haben, falsch im Sinne von daneben.

Nun sagt sie laufend solche Sätze, nahm ihren damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ungeschickt gegen Plagiatsvorwürfe in Schutz, zeigte Freude über den Tod Osama Bin Ladens, schmähte südliche EU-Länder für ihren Müßiggang.

Merkel ist aus dem Tritt geraten. Ihr fehlt die Sicherheit, und das strahlt sie auch aus. Unsicher, unglaubwürdig, weitgehend allein – sie ist nicht die Kanzlerin, bei der sich Deutschland gerade gut aufgehoben fühlen kann.

MARKUS FELDENKIRCHEN, DIRK KURBUJWEIT,
PETER MÜLLER, ALEXANDER NEUBACHER,
RALF NEUKIRCH, RENÉ PFISTER,
CHRISTIAN REIERMANN, MERLIND THEILE

Merkel will keine großen Worte für ihre Politik finden, weil sie sich selbst ihrer Politik nicht sicher ist.